

Akademie der
Toblacher Gespräche

Accademia dei
Colloqui di Dobbiaco



Domenico Finiguerra

Wem gehört der Boden?

Über Eigentum, Steuern und die Commons

Im vergangenen Jahr betrug der Bodenverbrauch in Italien 69,1 km², 19 Hektar pro Tag bzw. 2,3 m² pro Sekunde. Doch muss überhaupt noch gebaut werden?

Mit Blick auf den aktuellen Leerstand – 7 Millionen Gebäude, 500.000 Geschäfte und 700.000 unbenutzte Werkshallen - ließe sich die Frage sehr einfach mit Nein beantworten.

Warum wird also trotzdem weiter gebaut? Welche Bedürfnisse und welche Interessen stecken dahinter? Wer entscheidet über das, was auf lokaler Ebene geschieht?

Laut Gesetz obliegen den Gemeinden alle Verwaltungsfunktionen im Zusammenhang mit der Bevölkerung und dem Gemeindegebiet. Der für die Gebiets- und Bauleitpläne zuständige Gemeinderat ist ein demokratisch gewähltes und damit legitimes Vertretungsorgan. Somit sind es letztendlich die Bürgerinnen und Bürger selbst, die darüber entscheiden, was in ihrer Gemeinde zulässig ist. Doch ist dem auch tatsächlich so?

Würden die Bürger ihre Stimme auch dann jenen geben, die sich für weiteren Bodenverbrauch einsetzen, wenn es ein echtes Bewusstsein dafür gäbe, wie wertvoll, rar und endlich der Boden als natürliche Ressource ist?

Und wem gehört die Erde wirklich? Lässt sich historisch der Vorrang des gemeinschaftlichen Eigentums über den Boden gegenüber dem Privateigentum juristisch durchsetzen, wie dies auch in unserer Staatsverfassung verankert wäre?

Die Verfassung gewährleistet zwar das Recht auf Privateigentum, aber nur solange es eine soziale Funktion erfüllt. Doch erfüllen leerstehende Wohnungen und Werkshallen eine soziale Funktion?

Die Antwort auf diese Fragen führt uns mitten in das Dilemma, ob es wichtiger ist, Gemeingüter, Landschaft, Artenvielfalt, Lebensqualität und soziale Beziehungen zu schützen oder ob noch immer eine Politik vorherrschen soll, die im Namen von Wirtschaftswachstum, Finanzen und Renditen alles erlaubt?

Der springende Punkt dieser inzwischen seit Jahrzehnten andauernden Debatte ist die Frage nach der Rolle von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Sind jene Eliten, die heute für eine sogenannte ökologische Politik stehen, überhaupt glaubwürdig? Oder nutzen sie diese Bezeichnung nicht eher im Sinne von Greenwashing aus, um ihre eigene politische Macht aufrecht zu erhalten?